

Die Stunde der ‘Neokeynesianer’

von Oliver Landmann¹

Mit auffallender Häufigkeit geistert neuerdings ein Schlagwort durch die Medien, das man noch vor kurzem eher in einem Wirtschaftslexikon als in einer Zeitung gesucht hätte: der Keynesianismus. Es gehört zu den Alterserscheinungen dieser vom britischen Ökonomen John Maynard Keynes (1883-1946) begründeten Wirtschaftslehre, dass inzwischen fast nur noch vom ‘Neokeynesianismus’ die Rede ist. ‘Neo’ ist jene multifunktionale Vorsilbe, die fast jeder Doktrin früher oder später aufgepfropft wird, weil deren Anhänger damit einen Reifungsprozess und gleichzeitig eine unverminderte Modernität suggerieren wollen, während die Kritiker eher die neuen Schläuche für denselben alten sauren Wein meinen.

Die bleibende Leistung von Keynes bestand darin zu zeigen, warum ein marktgesteuertes Wirtschaftssystem immer wieder gravierenden Störungen des Gleichgewichts zwischen der gesamtwirtschaftlichen Güternachfrage und der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazität ausgesetzt sein kann, und warum solche Störungen nicht in nützlicher Frist von selbst wieder verschwinden. Seine im Jahre 1936 veröffentlichte Theorie war die einzige überzeugende Erklärung für die damalige Weltwirtschaftskrise. Ihre praktische Bedeutung liegt bis heute auf der Ebene der Politik. Keynesianische Wirtschaftspolitik verlangt den Einsatz der Geldpolitik und der staatlichen Finanzpolitik, um die Güternachfrage im Gleichgewicht mit dem Produktionspotential zu halten und so die Volkswirtschaft zwischen der Skylla des konjunkturellen Absturzes und der Charybdis der inflationären Überhitzung hindurchzusteuern.

Die Theorie von Keynes war in der Wissenschaft Gegenstand wiederholter Kontroversen, durch die sie verschiedene notwendige Retouchen und Verfeinerungen erfahren hat. So beurteilt man heute vor allem die Fähigkeit und Bereitschaft der Politik, die Güternachfrage auf dem gewünschten Kurs zu halten, nicht mehr mit demselben blauäugigen Optimismus wie manche übereifrigen Keynesianer der ersten Stunde. Aber die grundsätzliche keynesianische Vision der Zusammenhänge, die zu Störungen des gesamtwirtschaftlichen Angebots-Nachfrage-Gleichgewichts führen können, ist heute Bestandteil eines breiten Konsenses, der weltweit von den Standard-Lehrbüchern der Makroökonomik mit nur geringfügigen Unterschieden vermittelt wird.

In der politischen Arena hingegen ist von Konsens wenig zu spüren. Im Gegenteil: Politik lebt von der Polarisierung, und am ‘Neokeynesianismus’ scheiden sich in der wirtschaftspolitischen Diskussion die Lager mehr denn je. Die einen propagieren ‘neokeynesianische’ Strategien als die einzige Chance zur Überwindung von Arbeitslosigkeit und Wachstumsschwäche. Auftrieb gibt ihnen dabei die Tatsache, dass mittlerweile 11 von 15 EU-Ländern linksgerichtete Regierungen haben, die für derartige Ideen ein offeneres Ohr haben als ihre konservativen Vorgänger. Auf der Gegenseite ertönt dagegen die Warnung vor expansionistischen, etatistischen und letztlich inflationären Abenteuern. So steht die makroökonomische Politik

¹ *Ordentlicher Professor für theoretische Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg i.Br.*

unversehens im Brennpunkt der Auseinandersetzung zwischen ‘linker’ und ‘rechter’ Wirtschaftspolitik. In der Öffentlichkeit verfestigt sich der Eindruck, die politische Einstellung zur Nachfragesteuerung sei eine Frage von Marktgläubigkeit versus Marktskepsis. Diese Sichtweise hat zwar Tradition, ist sachlich aber unangemessen. Denn was in der Hitze des Gefechts auf beiden Seiten gerne übersehen (oder totgeschwiegen) wird, ist die Tatsache, dass die von Keynes angemahnte Verantwortung des Staates für die Stabilisierung der Nachfrage auf der Makro-Ebene zu den Voraussetzungen gehört, unter denen freie Märkte auf der Mikro-Ebene überhaupt erst ihre Leistungsfähigkeit entfalten können.

Einen traurigen Beleg für diesen Zusammenhang bietet derzeit Japan, das sein wirtschaftliches Leistungspotential in der Vergangenheit zur Genüge bewiesen hat, derzeit aber aufgrund versagender Makro-Politik durch eine Depression gelähmt wird. Obwohl die Nachfrage bei weitem nicht ausreicht, das Produktionspotential auszuschöpfen, scheiden Zinssenkungen als Stimulus aus, weil die Zinsen bereits so tief sind, dass sie nicht mehr weiter sinken können. Dies ist das Horrorszenario einer ‘Liquiditätsfalle’, die selbst Keynes nur als theoretischen Extremfall in Betracht gezogen hatte.

In Europa stehen wir zwar wesentlich besser da. Aber auch hier hat es die Makro-Politik wiederholt vernachlässigt, ihrem Stabilisierungsauftrag nachzukommen. So hat der Vertrag von Maastricht den prospektiven Mitgliedern der Europäischen Währungsunion eine Geld- und Finanzpolitik aufgedrückt, die völlig auf die Stabilisierung der Wechselkurse und der Staatsverschuldung fixiert war. Damit wurden die Spielräume für konjunkturgerechtes Verhalten weitgehend beseitigt, ja zum Teil sogar rezessionsverschärfende Reaktionen erzwungen.

Es liegt auf der Hand, dass derartige Erfahrungen ‘neokeynesianische’ Modelle und Rezepte beflügelt haben. Aber Vorsicht ist geboten: ‘Neokeynesianisch’ ist keine geschützte Marke. Man darf nicht glauben, dass alles, was unter dieser Etiketle propagiert wird, innerhalb einer kohärenten makroökonomischen Theorie begründbar, geschweige denn erfolgversprechend ist. Ein prominentes Beispiel, auf das diese Warnung zutrifft, ist die sog. Kaufkrafttheorie der Löhne, deren Verfechter kräftige Lohnerhöhungen zwecks Stärkung der Massenkaukraft fordern, sich davon eine Zunahme der Arbeitsplätze versprechen und sich zu alledem noch auf Keynes berufen. Dabei hat Keynes in Wirklichkeit nur gezeigt, dass in einer Konjunkturkrise allgemeine Lohnsenkungen das falsche Rezept sind. Der Umkehrschluss, dass man mit Lohnerhöhungen eine gesamtwirtschaftliche Nachfrageschwäche wirksam bekämpfen kann, ist jedoch ein Kurzschluss.

Auch die Behauptung, Europa könne seine hohe Arbeitslosenquote durch fortgesetzte, womöglich koordinierte, Nachfrageexpansion ohne weiteres halbieren, wird nicht dadurch wahr, dass sie als ‘neokeynesianisch’ präsentiert wird. Wie es herauskommt, wenn eine Volkswirtschaft mit Nachfrage vollgepumpt wird, ohne dass die strukturellen, institutionell bedingten Beschäftigungshemmnisse auf den Arbeitsmärkten wirksam angegangen werden, zeigt das Beispiel der westdeutschen Wirtschaft zu Beginn der 90er Jahre. Damals entfachte der Wiedervereinigungsboom ein konjunkturelles Strohfeuer, das innert kürzester Zeit zu einer inflationären Überhitzung führte und daher wenig später durch eine Stabilisierungskrise wieder

Noch kann nicht die Rede davon sein, zweifelhafte ‘neokeynesianische’ Ideen dieses Typs würden auf breiter Front umgesetzt. Flurschaden richten sie bisher vor allem dadurch an, dass sie das bewahrenswerte intellektuelle Erbe von Keynes diskreditieren.